

Neuer Weg

ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SED FÜR FRAGEN DES PARTEILEBENS • < Nr. 19/1965

Fünf Jahre Programmatische Erklärungen des Vorsitzenden des Staatsrates

Von
IRMA VERNER

Am 4. Oktober jährt sich zum fünften Mal der Tag, an dem Genosse Walter Ulbricht anlässlich der Wahl des Staatsrates durch die Volkskammer eine tiefgreifende Erklärung abgab. Dieses Dokument hat seitdem eine tiefgreifende Wirkung auf das gesamte gesellschaftliche Leben in unserer Republik ausgeübt, weil es die Interessen unserer ganzen sozialistischen Gesellschaft und jedes ihrer Mitglieder in hervorragender Weise zum Ausdruck bringt.

In der „Programmatischen Erklärung“ wird nachgewiesen: Die Deutsche Demokratische Republik ist der rechtmäßige deutsche Staat; auf seinem Territorium wurden die Lehren aus der Geschichte zweier Weltkriege gezogen, wurde das Potsdamer Abkommen konsequent durchgeführt; die DDR ist der wahre deutsche Friedensstaat. Die Hauptlehre besteht darin — so wird in der Staatsratsklärung gesagt —, daß Deutschland niemals durch eine imperialistische Politik vorwärtskommen kann. „Unser deutsches Volk kann nur einen würdigen Platz im Kreis der Völker einnehmen, wenn es sein ganzes Tun auf die Entfaltung der schöpferischen Fähigkeiten des Volkes zur Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Kultur konzentriert und den friedlichen Wettbewerb mit anderen Völkern in Ehren besteht.“ Der deutschen Arbeiterklasse erwächst daraus die geschichtliche Aufgabe, nicht eher zu ruhen, bis auch in Westdeutschland die friedliebenden Kräfte gesiegt haben und die Gewißheit gegeben ist, daß nie wieder ein Krieg von deutschem Boden ausgehen kann.

Alle späteren Dokumente, die Vorschläge und Aufgaben zur Lösung der nationalen Frage enthalten, sind von diesen humanistischen Gedanken durchdrungen. „Die Grundforderung der deutschen Arbeiterbewegung, die menschlichsten Ideen aller großen deutschen Humanisten — Frieden, sozialer und kultureller Fortschritt, internationale Zusammenarbeit und Völkerverständigung — sind die Grundlage der Staatsdoktrin der Deutschen Demokratischen Republik“, heißt es im Manifest zum 20. Jahrestage der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Weil das so ist, hat die DDR das Recht, im Namen des ganzen deutschen Volkes zu sprechen — ist sie der einzig rechtmäßige deutsche Staat.

In wenigen Tagen werden die Bürger unserer Republik Volksvertretungen wählen, die sich aus Menschen zusammensetzen, „deren Mandat es ist, im Namen des ganzen deutschen Volkes zu sprechen“, wie es im Wahlauftrag der Nationalen Front heißt.